

**Rede
des Parlamentarischen Geschäftsführers**

Grant Hendrik Tonne, MdL

zu TOP Nr. 3

Abschließende Beratung

**Einsetzung eines 23. Parlamentarischen
Untersuchungsausschusses – „Mögliche
Sicherheitslücken in der Abwehr islamistischer
Bedrohungen in Niedersachsen“**

Antrag der Abgeordneten Jens Nacke (CDU) und Christian
Grascha (FDP) und 48 weiterer Mitglieder der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP

während der Plenarsitzung vom 04.05.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

wir werden am heutigen Tag den 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Niedersachsen einsetzen. Es ist aber einmalig in der Geschichte von Untersuchungsausschüssen, dass die beantragende Opposition bereits vor Einsetzung des Ausschusses erste Absetzbewegungen macht.

Herr Nacke, Ihre heutige Rede war eine einzige Absetzbewegung. Eine großspurige Ankündigung im März, dann dauerte es wochenlang, bis Sie in der Lage waren, uns überhaupt einen Antrag vorzulegen, dann wurde dieser Antrag willkürlich und wild verändert (fast täglich eine neue Jahreszahl), dann folgte die Erkenntnis, wie viel Arbeit damit verbunden ist und heute eine Rede, in der Sie darlegen, was Sie eigentlich möchten, die mit dem Text des Einsetzungsantrages nur noch marginal übereinstimmt!

Sie wollen sich mit möglichen Sicherheitslücken in der Abwehr islamistischer Bedrohungen in Niedersachsen beschäftigen. Bereits der Titel musste ja schon verändert werden. Das Wörtchen „möglich“ fehlte ursprünglich, aber es macht Ihr eigentliches Problem sehr offensichtlich.

Für Sie steht das Ergebnis in Ihrer Vorstellung fest, der Untersuchungsausschuss ist lediglich eine Alibi-Veranstaltung. Es fehlt Ihnen jedweder Wille zur Aufklärung, zur Recherche, zum sachlichen Auseinandersetzen. Es fehlt Ihnen am verantwortungsbewussten Umgang mit der Sache.

Sie wollen einzig und alleine skandalisieren – eine ganz billige Masche.

Islamismus und Salafismus sind keine völlig neuen Erscheinungsformen – weder in Deutschland, noch in Niedersachsen. Niedersachsen ist nicht weniger sicher im Vergleich zu Bayern, Hessen, Berlin oder sonstwo in Deutschland. Entsprechend den Veränderungen auf der politischen Weltkarte verändern sich Ausmaß und Schwerpunkt des Terrorismus. Ihr durchschaubarer Ansatz hingegen, zu behaupten, die Themen seien alle seit dem 19. Februar 2013 – also der Regierungsverantwortung von Rot-Grün – erst aktuell geworden, ist dermaßen abwegig, dass nicht einmal Ihre eigenen Leute das glauben. Alle, die sich

ernsthaft mit dem Thema der Bekämpfung des Salafismus beschäftigen, winken nur noch mitleidig ab bei dem, was Sie hier vortragen.

Für meine Fraktion sage ich in aller Deutlichkeit:

Wir halten die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses für überflüssig. Alles, was es an Informationen bedarf, ist auf dem Wege der Unterrichtung, auf dem Wege von Anfragen und den üblichen parlamentarischen Möglichkeiten erreichbar.

Möglicherweise kann man durch die genauere Betrachtung von Einzelfällen Erkenntnisse erlangen und Empfehlungen abgeben – das geht aber nun gerade nicht mit einem Untersuchungsausschuss. Hier gelten andere Regeln.

Anrede,

wir reden über einen Ausschuss, für den zu Recht sehr hohe Geheimhaltungsmaßstäbe gelten werden. Wir reden über einen Ausschuss, der häufig mindestens vertraulich und damit unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen wird, wir reden möglicherweise über Zeugen, deren Namen wir nicht einmal benennen dürfen, weil es eben um hochsensible Daten geht. Wir erwarten von Ihnen eben deshalb einen verantwortungsbewussten Umgang mit diesem Thema.

Trotzdem haben Sie von der Opposition sich für den Weg eines Untersuchungsausschusses entschieden. Das ist Ihr gutes Recht, auch wenn das Ergebnis der Ausübung falsch ist.

Was wir aber nicht mitmachen ist, dass Sie mit den Sorgen und Ängsten der Menschen in Niedersachsen spielen, dass Sie den Eindruck vermitteln, man müsse in Niedersachsen in Angst leben, könne sich nicht mehr so ganz frei entscheiden, sondern müsse sich einschränken.

Das sind politische Spielchen, ich empfinde das als empörend und genau deshalb werden wir Sie in die Sacharbeit zwingen. Genau deshalb stellen wir heute einen Änderungsantrag. Genau deshalb werden Sie sich mit dem Phänomen Islamismus/Salafismus in einem sinnvoll abgerundeten sachlichen Kontext auseinandersetzen müssen.

Dieser sachliche Kontext besteht vom Beginn des Syrienkrieges bis heute und eben nicht vom Datum der Wahl eines Ministerpräsidenten.

Wenn wir den Zusammenhang zwischen Salafismus, Ausreisen in djihadistische Gebiete, Wiedereinreisen, Anwerbeversuchen, und einer vermeintlichen Radikalisierung untersuchen wollen, müssen wir mit dem Beginn des Syrienkrieges ansetzen.

Wenn wir Phänomene, Auswüchse und Gefahren des radikalen Islamismus auf den Grund gehen wollen, müssen beim Beginn des Syrienkrieges anfangen.

Ich sage auch in aller Deutlichkeit, dass man hier in Niedersachsen sicher ist und auch sicher leben kann.

Die Ereignisse um die Absage des Schoduel und die Absage des Länderspiels haben gezeigt, dass die Frühwarnsysteme funktionieren. Ich danke an dieser Stelle deutlich und überzeugt unseren Sicherheitsbehörden für ihre gute und hochwertige Arbeit. Niemand von denen hat es verdient, dass ihre Arbeit von dieser Opposition in Niedersachsen permanent schlecht geredet wird.

Darüber hinaus war es diese Landesregierung, die den Verfassungsschutz modernisiert und technisch auf den Stand der Zeit gebracht hat.

Es war diese Landesregierung, die mittels Vorratseinstellungen für mehr Polizistinnen und Polizisten in Niedersachsen sorgt.

Und es ist diese Landesregierung, Innenminister Pistorius, und die Präsidentin des Verfassungsschutzes Frau Brandenburger, die sich um eine fachlich versierte, um eine wissenschaftliche Begleitung der Extremismusbekämpfung kümmern.

Der bekannt gewordene Fall, wie der von Safia S., ist ein bedauerlicher Einzelfall. Jeder Einzelfall ist selbstverständlich einer zu viel, jeder Einzelfall muss sauber aufgearbeitet werden, ob es Möglichkeiten der verbesserten und noch schnelleren Zusammenarbeit gibt, aber hieraus ein systemisches Versagen machen zu wollen, hieraus eine politische Einflussnahme ableiten zu wollen, ist völlig abwegig.

Ihr Versuch, dieses Land unsicher zu reden, wird scheitern!

Was erleben wir von dieser Opposition?

Ausschließlich Ablenkungsmanöver!

Man prüfe, nach Bückeburg zum Staatsgerichtshof zu gehen.

Man kann ja die Schweißperlen auf Ihrer Stirn schon sehen. Das ist die blanke Angst vor der eigenen Verantwortung bis 2013. Anders kann doch keiner erklären, warum Sie sich dem einzig sinnvollen Datum, dem Beginn des Syrienkrieges, verweigern.

Wir haben keine Ihrer Fragen verändert, wir haben keine Zielrichtung auch nur irgendeiner Ihrer Fragen verändert, Sie selbst haben einige Fragekomplexe zeitlich völlig unbefristet eingereicht und wollen jetzt wegen der Abrundung des Gesamtbildes eben auf den Beginn des Syrienkrieges vor den Staatsgerichtshof ziehen?

Sie lassen damit Ihre eigentliche Absicht der Skandalisierung bestens erkennen. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dann ist es Ihre Reaktion auf unseren Änderungsantrag.

Unsere Erweiterung würde zu einer Flut an unwichtigen Akten führen – so Herr Nacke. Das ist übrigens derselbe Herr Nacke, der mitverantwortlich ist für ein zeitlich komplett uneingeschränktes Aktenvorlagebegehren an den Verfassungsschutz.

Seit Wochen werden Behörden in ganz Niedersachsen mit einem komplett unsinnigen Akteneinsichtsbegehren der Opposition lahmgelegt. Darin liegt doch der eigentliche Missbrauch von Parlamentsrechten.

Die Gewerkschaft der Polizei GdP hat gestern noch einmal eindringlich gewarnt und Sie darauf hingewiesen, dass Ihre Forderung nach einem Untersuchungsausschuss die gerade erfolgte und notwendige Verstärkung des polizeilichen Staatsschutzes ad absurdum führe. Die Deutsche Polizeigewerkschaft DPoIG hat sich entsprechend geäußert.

Diese Opposition ist verantwortlich dafür, dass Polizei und Verfassungsschutz abgelenkt sind von ihrer eigentlichen Aufgabe. Wenn es ein Sicherheitsrisiko in diesem Land gibt, dann stammt das von der CDU und von der FDP. Niemand sonst ist dafür verantwortlich!

Diese Opposition hat sich tatsächlich hingestellt und behauptet, wir würden die Einsetzung verzögern.

Anrede,

es war diese Opposition, die erst einmal wochenlang überhaupt nichts zu Papier bekommen hat,

es war diese Opposition, die am Morgen der ersten Beratung einen vereinbarten Kompromiss aufgekündigt hat,

es ist diese Opposition, die verschweigt, welche komplizierten und langwierigen Sicherheitsüberprüfungen für die Mitarbeiter vorher stattfinden müssen, welche baulichen Maßnahmen im Landtag zur Wahrung der Geheimhaltung getroffen werden müssen und welche Sicherheitsvorkehrungen für die Aktenlagerung getroffen werden müssen und

es ist nur der Regierungsmehrheit von SPD und Grünen zu verdanken, dass wir diesen schlampig geschriebenen Auftrag so schnell es ging in einen sachlich und zeitlich vernünftigen Rahmen gepackt haben und ihn heute auch einsetzen können.

Anrede,

wir werden den Untersuchungsausschuss einsetzen und werden die Arbeit aufnehmen – sachlich, ruhig und angemessen. Ich befürchte, daran wird die rechte Seite des Hauses scheitern. Hier kann man nur schreien und „Skandal“ rufen.

Aber selbst das kann etwas Gutes haben. Die Menschen können sich entscheiden. Bei Ihnen die stete Skandalisierung, bei uns die Sacharbeit. Bei Ihnen das unseriöse Geschreie, bei uns angemessene Umgang mit dem Thema. Bei Ihnen das Schlechreden der Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz, bei uns die politische und technische Unterstützung der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden.

Sie wollen ablenken, wir werden das nicht zulassen.

Sie wollen sich vor der auf Sie zukommenden Arbeit drücken, wir werden sie stellen.

Vielen Dank.